

# Der Textil-Arbeiter

Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes

Verlagsleitung und Geschäftsstelle: Berlin D34, Memeler Straße 80.  
Fernsprecher: Köpenicker 1000, 1076 und 1202. — Die Zeitung erscheint jeden Freitag. — Telegrammadresse: Textilprolog Berlin.



Anzeigen und Verbandsgebühren sind an Otto Jehms, Berlin D34, Memeler Straße 80 (Postfachkonto Berlin Nr. 5886), zu richten. Bezugspreis, nur durch die Post, vierteljährlich 6 Mark. Der Anzeigenpreis für die achtegespaltene Spalte beträgt 2 Mark.

Nummer 5 Berlin, den 30. Januar 1931 43. Jahrgang

## Parole: Freie Gewerkschaften!

### Kämpfe um die Neuwahlen der Betriebsvertretungen

In den meisten Berufen finden im Frühjahr die Neuwahlen zu den Betriebsvertretungen statt. In allen Betrieben, Arbeitsstätten, Werkstätten und Büros beginnen deshalb schon Mitte Januar die Vorbereitungen zu den Wahlen resp. der Austausch der Meinungen über diejenigen Arbeitskollegen und -kolleginnen, welche sich zu dem Amt eines Betriebsratsmitgliedes am besten eignen. Die freien Gewerkschaften vertreten den Standpunkt, daß nur die fähigsten und überlegensten Kämpfe dazu auserwählt werden sollen, die durch ihr bisheriges Verhalten, durch ihr Wirken für die Gesamtinteressen ihrer Mitarbeiter sich deren Vertrauen erworben haben. Die Wahlen basieren auf dem nunmehr fast ein Jahrzehnt bestehenden Betriebsratsgesetz. Dieses Gesetz brachte der Arbeitnehmerschaft zwar nicht die restlose Erfüllung ihrer auf diesem Gebiete erhobenen berechtigten Forderungen, aber trotz alledem bedeutete es einen ganz wesentlichen Schritt gegenüber den bis dahin bestehenden Verhältnissen. Das Betriebsratsgesetz weist den Betriebsräten eine ganze Anzahl sehr wichtiger Aufgaben zu, die zum Teil im gemeinsamen Interesse des Gesamtbetriebes, und somit also der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, zum größten Teil aber im reinen Interesse der Arbeitnehmer liegen.

Während der Zeit des Bestehens des Betriebsratsgesetzes haben sich als die besten Vertreter in den Betriebsräten die freien Gewerkschaftler erwiesen; deswegen auch der Haß der reaktionären Arbeitgeber gegen die Betriebsräte, sowie der organisierte Kampf der Arbeitgeberverbände gegen das Betriebsratsgesetz und gegen die Betriebsräte. Auf vielen Arbeitgeber- resp. Unternahmer tagungen und in Druckschriften an Regierungen und Parlamente heften willkürliche Synthesen — vielfach auch Unternahmer selbst — gegen das Betriebsratsgesetz, ja verlangten dessen gänzliche Beseitigung, mindestens aber dessen Abschwächung zum Gunsten der Arbeitnehmerschaft. Die Parole „Beseitigung jedes Mitbestimmungsrechts der Arbeitnehmer“ und Wiedereinführung „des Herr-im-eigenen-Hause-Standpunktes“ wurde seit dem Sommer 1923 (der Zeit des katastrophalen Währungsverfalles) wieder vermehrt propagiert.

In den „Komikern“ fanden die Arbeitgeber immer wertvolle Helfershelfer gegen die verantwortungsbewußten Betriebsratsmitglieder. Zum Schaden der Arbeitnehmer und ihrer Interessen und zur größten Freude und zum Gaudium der Arbeitgeber gründeten die Komiker in allen Unternehmungen, wo sie es konnten, kommunistische Betriebszellen, veretelten den verantwortungsbewußten Betriebsratsmitgliedern durch gemeine Beschimpfungen und Verleumdungen ihre Tätigkeit und warben zur Wahl — mit mehr oder minder Erfolg — von sogenannten Oppositionskandidaten, die aber von keiner Sachkenntnis besetzt waren, und sich nach der Wahl in den allermeisten Fällen als völlig unfähig zur Vertretung von Arbeitnehmerinteressen erwiesen, ja sehr oft sogar direkt den Arbeitgebern in die Hände arbeiteten.

Die „Nazis“ wollten aber bei den bevorstehenden Betriebsratswahlen — im Inter-

esse der Arbeitgeber, von denen sie unterhalten werden — ganz besonders große Erfolge erzielen. Sie haben deshalb im ganzen Reich als streng vertraulich geltende Rundschreiben herausgegeben, die als

**Richtlinien für die Arbeit der Betriebsfunktionäre**

gelten sollen. Diesen Richtlinien, die eine einzige Hege gegen die Gewerkschaften und gegen den Marxismus darstellen, merkt es sogar ein Schüler an, daß sie dem Arsenal der KPD entlehnt sind.

Die Kommunisten, denen diese Richtlinien auch bekanntgemacht sind, empfinden nun diese Hege gegen die Gewerkschaften als unzulässigen Wettbewerbs. Sie glauben nämlich dazu allein berechtigt zu sein. Die Funktionärzeitung der KPD-Zentrale kommunistischer Parteiarbeiter sagte schon im September 1930 über die Tatsache, daß eine ganze Anzahl Betriebsfunktionäre der nationalsozialistischen Arbeiterbewegung in den Betriebsräten überhand genommen haben: „Es nimmt Bezug auf die jüngst herausgegebene Betriebszeitung und sagt:

„Diese Burken haben unsere Methoden gründlich studiert. Das ganze Heft ist eine einzige Anweisung, wie der Nazi unter Benutzung unserer Methoden und Parolen die Massen am besten belügen und betrügen kann...“

So unerschrocken hat die „KPD“ noch nie eingestanden, daß sie mit ihren Methoden und Parolen bisher die Massen belügen und betrogen hat. Daß die „Nazis“ die Massen nunmehr genau so belügen und betrügen wollen — mit Hilfe der gestohlenen Methoden und Parolen der KPD. —, ist aber auch wirklich unerschämmt.

Aber die „Kommunisten“ sollen sich trösten, auch die Bäume der „Nazis“ werden genau so wenig in den Himmel wachsen, wie ihre eigenen. Lügen haben bekanntlich kurze Beine. Seitdem die „Nazis“ mit 107 Mann ins Parlament gezogen sind, haben sie sich wider Willen schon sehr demaskiert. Die Äußerungen ihres Wortführers Feder im Reichstage.

„daß die Nationalsozialisten gegen die Sozialisierung der produzierenden Wirtschaft seien, und daß man gar keinen Grund habe, ihnen sozialistische Tendenzen zu unterstellen“.

haben schon manchen ihrer Nachläufer die Augen geöffnet.

Trotzdem werden aber die Nazis bei den Betriebsratswahlen überall, wo sie es vermögen, eigene Kandidaten aufstellen. Bisher haben sie überall dort die größten Erfolge errungen, wo vorher die „Nazis“ gewütet hatten. Deshalb muß neben den erlogenen Richtlinien der Nazis auch deren wahres Gesicht gezeigt werden, wobei wir mithelfen wollen. Deshalb sei auch an die folgenden Worte Hitlers erinnert, die „Die Tat“, Monatschrift zur Gestaltung neuer Wirklichkeit in einem Artikel wiedergibt:

„Meine Herren! Ich muß Sie nachdrücklich darauf aufmerksam machen, daß mein Sozialismus mit Marxismus nichts zu tun hat. Ich erinnere Sie an meine Rede im Sportpalast in Berlin, in der ich erklärte, daß der Nationalsozialismus keine Wagenfrage wäre, daß es sich bei uns nicht um Lohntheorien, sondern um ein neues Ethos

handelt. Mein Beauftragter Goebbels hat, wie bekannt, deutlich erklärt, daß uns der sogenannte „Sozialismus“ nur Mittel zum Zweck ist.

Und die Leute, denen es nicht gepaßt hat, habe ich hinausgeschleudert.“

Das sind Worte, die sich jeder Arbeitnehmer täglich immer erneut einhämmern und den „Nazi“-Agitatoren vorhalten muß, wenn sie Betriebszellen gründen und Betriebsfunktionäre suchen.

Es scheint aber, als wenn die Naziführer schon selbst merken, daß Gefahr für sie im Verzuge ist, daß sie den Höhepunkt überschritten haben und daß trotz „Richtlinien“ die Abgänge größer als die Zugänge sind; deshalb sollen mit Unternehmern Geld weitere Anhänger gekauft werden. Der sozialdemokratische Abgeordnete Dugdahn hat in einer Versammlung in Altona in den letzten Tagen die aufsehenerregende Mitteilung gemacht,

daß die Nationalsozialisten in Altona an Erwerbslose Schreiben verschickten, in denen ihnen Arbeit versprochen wurde unter der Bedingung, daß sie einer SA-Abteilung beitreten. Sodann seien sie von bekannten Hausbesitzern in Gewerbetrieben eingestellt worden. Außerdem hätten sich die Betroffenen verpflichten müssen, von ihrem Wochenlohn 3 Mk. an die nationalsozialistische Parteikasse abzuführen.

Die Verführung in den Reihen der Nazis muß doch schon sehr weit vorgeschritten sein, wenn sie mit solch gemeinen Mitteln Profiteure unter den Erwerbslosen suchen. Dadurch wird aber auch immer offener, daß sie eine willkürliche Hülfsgruppe der Reaktion darstellen und zum Danke dafür von dieser finanziell ausgehalten werden.

„Nazi“ und „Kazi“ sind aber immer ein Herz und eine Seele, wenn es gegen die freien Gewerkschaften und gegen die Sozialdemokraten geht; dafür ein ganz treffender Beweis:

Im Kabelnetz des Siemens-Konzerns in Berlin war vor einigen Wochen Betriebsratswahl. Früher dominierten dort die Kommunisten unbefristet. Durch die Tätigkeit der Kommunisten befruchtet, wuchsen auch Nazis, Gelbe und Stahlhelmer heran.

Das letzte Wahlergebnis brachte folgende Mandatverteilung im

	Betriebsrat	Betriebsauschuß
freie Gewerkschaften	8	2
Kommunisten	5	1
NSDAP	4	1
Gelbe	2	1
Nazi	1	—
Stahlhelm	1	—
	21	5

Bei der Wahl der Ausschußvorsitzenden wurde auf Vorschlag der Gelben mit seiner Stimme und der Stimme des NSDAP und der Kommunisten der letztere gewählt.

Im Arbeiterrat war die gleiche Koalition; auch hier wurden zum 1. und 2. Vorsitzenden auf Vorschlag der Gelben zwei wackelige Kommunisten gewählt.

Diese Sorte von Betriebsräten wissen, was sie einander wert sind. Im Interesse des Kapitals ziehen die Kommunisten mit den Gelben, den Nazis usw. an einem Strick. Heute rot, morgen gelb und umgedreht.

Die freien Gewerkschaften werden deshalb bei den kommenden Betriebsratswahlen den Kampf um den Einfluß in den Betrieben mit aller Schärfe aufnehmen! J. Lang.

## Der Lohnkampf in Sachsen

Ende Dezember kündigten beide Arbeitgeberverbände der sächsischen Textilindustrie sämtliche Tarifverträge, mit der Bemerkung, daß sie uns später ihre Forderungen zuwenden würden. Wir erhalten nun die Forderungen der Arbeitgeber und unterbreiten der Öffentlichkeit, welche rigorosen Maßnahmen die Textilunternehmer vorhaben.

Am 1. März laufen für 260 000 Textilarbeiter und Textilarbeiterinnen die Tarifverträge ab. Die Arbeitgeberorganisationen sind zum Angriff übergegangen und wollen die niedrigen Lohnsätze der Textilarbeiter und Textilarbeiterinnen noch weiter reduzieren. Es ist in der Öffentlichkeit viel zu wenig bekannt, daß ein Textilarbeiter in der Appreturbranche einen Stundenlohn von 66,7 Pf. hat, ergibt pro Woche 32,01 Mark; ein Weber hat einen Stundenlohn von 42,5 Pf., dazu kommen die Zuschläge für Akkordarbeit und Bedienung von mehreren Stühlen, ergibt einen Wochenlohn bei Bedienung von drei Stühlen von 30,60 Mark; eine Arbeiterin über 20 Jahre hat einen Stundenlohn von 38 Pf. Soweit die übrigen Akkordarbeiter in Frage kommen, die auf Grund ihrer Intelligenz in den letzten Jahren höhere Verdienste erreichten, haben die Arbeitgeber im Laufe des Jahres 1930 die Stücklöhne so gesenkt, daß bei der angestrengtesten Tätigkeit ein Mehrverdienst nicht mehr in Frage kommt.

Trotz dieser niedrigen Lohnsätze haben die Arbeitgeberverbände am 13. Januar 1931 an den Deutschen Textilarbeiterverband, Gau Freistaat Sachsen, Forderungen eingereicht, wodurch sie die Lohnsätze auf den Stand vom 1. Januar 1927 herabsetzen wollen. Dies

würde einen Lohnabbau in den einzelnen Branchengruppen von 13 bis 20 Proz. bedeuten. Dazu kommt noch, daß man besondere Zuschläge für qualifizierte Arbeit in Abzug bringen will, wozu selbst der Arbeitgeberverband am 11. Dezember 1930 noch auf dem Standpunkt stand, daß diese Spezialarbeiten Präzisionsarbeit darstellen.

Wir haben bereits bei der Tarifbewegung 1928 die Öffentlichkeit und die Behörden darauf hingewiesen, daß die Lohnsätze in der Textilindustrie unter den öffentlichen Fürsorgefällen stehen. Wir wissen, daß die Herren Arbeitgeber in der Textilindustrie sich noch niemals von sozialem Empfinden leiten lassen, das beweist auch ihr weiteres Schreiben vom 17. Januar 1931, worin sie sämtliche Sonderabkommen über Zuschläge bei Bedienung von mehreren Stühlen aufgekündigt haben. In derselben Zeit, wo die Arbeitgeber die Lohnsätze der Textilarbeiter so gewaltig senken wollen, schreibt ein Führer der sächsischen Textilindustriellen, ein Herr Dr. Sadomsky, in der „Textilzeitung“ vom 13. Dezember einen Leitartikel, worin er nachzuweisen versucht, daß trotz allgemeinem Lohnabbau die Arbeitgeber der Textilindustrie die Preise nicht senken könnten, obgleich die sämtlichen Rohstoffe unter dem Vorkriegspreis stehen. Ob mit derartigen Maßnahmen, wie sie die sächsischen Textilindustriellen jetzt ergreifen, die Wirtschaft angekurbelt werden kann, möchten wir sehr stark bezweifeln, denn bei diesen niedrigen Lohnsätzen ist kein Textilarbeiter in der Lage, den Umsatz der Güter, die er erzeugt, zu steigern.

### Schiedsspruch für die Textilindustrie Württembergs

Zum 12. Januar 1931 hatte der Schlichter für Südwestdeutschland die Parteien zur Verhandlung nach Stuttgart geladen. Die Verhandlungen wurden jedoch an diesem Tage ergebnislos abgebrochen und die Schlichterkammer auf den 13. Januar nach Karlsruhe einberufen. Die Unternehmer blieben hartnäckig auf ihrer Forderung von 10 Proz. Lohnabbau, Verschlechterungen der Arbeitszeit, Ferien und Akkordbestimmungen bestehen. Welchen Wert die Unternehmer den Verhandlungen beilegen, geht schon daraus hervor, daß sie mit vier Syndikati, einer Steatotypistin und Schreibmaschine in Karlsruhe anrückten und sich im Verhandlungsgebäude ein eigenes Bureau einrichteten. Die Verhandlungen der Schlichterkammer selbst dauerten drei Tage. Am Abend des 15. Januar wurden zwei Schiedsprüche gefällt, und zwar einer für den Mantel- und einer für den Lohnarif. Bezüglich des Manteltarifs ist hervorzuheben, daß der Angriff der Unternehmer abgewehrt werden konnte. Hinsichtlich des Lohnarifes ist zu bemerken, daß durch den Schiedsspruch ein Lohnabbau von 4,4 Proz. vorgesehen ist. Danach würde in Ortsklasse I der Zeitlohn in der Spitze betragen für Männer 65 Pf., für Frauen 49 Pf.

Die erstmalige Kündigung soll für den Lohnarif auf 30. Juni 1931, für den Manteltarif auf 31. Juli 1932 möglich sein.

Am 18. Januar befaßte sich eine Konferenz der Funktionäre unseres Verbandes mit den beiden Schiedsprüchen und beschloß, diese unter dem Zwange der gegenwärtigen Verhältnisse anzunehmen und beim Reichsarbeitsminister die Verbindlichkeit zu beantragen.

Nun hat der Reichsarbeitsminister das Wort.

### Lohnkampf im Rheinland

#### Der Schiedsspruch für den rechtsrheinischen Bezirk verbindlich

Nachdem der am 30. Dezember vom Schlichtungsanschuß Buppenthal-Barmen gefällte Schiedsspruch, der einen Lohnabbau von 7 Proz. vorsah, für den bergischen Bezirk von den Arbeitnehmern abgelehnt und von den Arbeitgebern angenommen wurde, haben letztere beim Schlichter die Verbindlichkeit beantragt. Die am 19. und 20. Januar stattgefundene Nachverhandlung vor dem Schlichter führte zu keinem Ergebnis. Unterm 22. Januar hat nun der Schlichter trotz aller in den Verhandlungen gemachten Einwendungen der Arbeitnehmer obigen Schiedsspruch für verbindlich erklärt. Sonderbarerweise hatte die „Textil-Zeitung“ schon am 22. Januar Kenntnis von dieser Entscheidung, wohl infolge besonders guter Verbindungen mit dem Schlichter. Den Arbeitnehmern ging die Entscheidung erst am 23. Januar zu, am gleichen Tage, an dem man bereits einen Bericht hierüber in der „Textil-Zeitung“ lesen konnte.

In den letzten Verhandlungen erklärten sich die Arbeitgeber zu keinen Verbesserungen bereit, die sie dann, wenn der Schiedsspruch für verbindlich erklärt wurde, durchführen wollten. Die reinen Zeitlohnätze der 20 Jahre und darüber alten Arbeiter sollten für Männer 64 Pf., für Frauen 49 Pf. betragen, gegen 63 Pf. bzw. 48,25 Pf. laut Schiedsspruch. Um die gleiche prozentuale Spanne sollen auch die übrigen Lohnsätze des bisherigen Lohnabkommens ermäßigt werden. Da die verbindlichen Akkordätze der Gummitextil- und Wolltextil-, sowie die bei der Firma R. & B. Bemberg AG. noch nicht gegült sind, lautet der Streit für betreffende Arbeiterkategorien so:

### Schiedsspruch für die Textilindustrie in Neumünster

Der Schlichtungsanschuß Rammünster fällt für die dortige Tuchindustrie einen Schiedsspruch, der eine Lohnsenkung von 5 Proz. vorsieht. Der Lohnsatz der neuen Lohnabelle vom 1. Juli 1931. Die Erklärungsschrift ist am 20. Januar festgelegt.

### Politische Wochenschau

Deutsch-polnische Auseinandersetzung. — Die Reichsgründungsfeier. — Der Goldmachers Laufend. — Ein deutschnationaler Standal. Die Neuregelung in Indien.

Die Verhandlungen im Völkerbundsrat in Genf haben gleich zu Beginn die erwartete Auseinandersetzung zwischen den Außenministern Deutschlands und Polens gebracht. Der deutsche Minister Curtius jähle die Beschwerden über die Behandlung der deutschen Minderheit in Ostoberschlesien auf. Seine Darlegungen waren so eindrucksvoll, daß der polnische Außenminister Jaleski sich darauf beschränkte, eine kurze Erklärung seiner Regierung abzugeben. Es wird darin versprochen, daß die Beschwerden der deutschen Minderheit nachgeprüft werden sollen. Ob

In München läuft gegenwärtig ein großer Betrugsprozess, der sich gegen den ehemaligen Klempnergehilfen Franz Tausend richtet. Der Mann hatte es verstanden, sich riesige Geldsummen zu verschaffen, die er zur Gewinnung von Gold aus wertlosen Metallen verwenden wollte. In Wirklichkeit hat er das meiste von den Geldern in die eigene Tasche verschwinden lassen; anstatt Gold für die andern hat er großen Grundbesitz in Bayern und in Tirol für sich selbst gewonnen. Soweit wäre es nur eine gewöhnliche Betrugsaffäre. Bemerkenswert aber ist es, aus welcher Kreise die Geldgeber des Goldmachers Tausend stammten und zu welchem Zweck sie die Riesensummen hergaben. An der Spitze der Betrogenen steht der General Uden-dorff, der militärische Diktator während des Weltkriegs. Mit Hilfe dieses Namens sind auch noch bekannte Großindustrielle, Bankdirektoren, sogenannte Wissenschaftler,

englische Ministerpräsident MacDonald verlas eine Erklärung, die die Ergebnisse der Verhandlungen zusammenfaßt. Sie werden ohne Zweifel für die weitere Entwicklung Indiens von großer Bedeutung sein. Das Land soll künftig ein Zentralparlament erhalten, dem für die Verwaltung der einzelnen Gebiete Provinzialparlamente zur Seite stehen. In einer Übergangsperiode sollen gewisse Sicherheiten geschaffen werden, um die Rechte der Minderheiten zu schützen. Alle auf der Konferenz beteiligten Parteien haben sich über eine Übergangsregierung für Indien geeinigt, die sowohl die abhängigen indischen Staaten als auch das eigenliche Britisch-Indien umfassen wird. Das ganze Land wird einen Bundesstaat darstellen, die bisher formell selbständigen Staaten müssen einen weiteren Teil ihrer Souveränität aufgeben. Allerdings behält der von England eingesezte Generalgouverneur weitgehende Befugnisse, um die Verfassung und die innere Ruhe des Landes zu schützen. Der Generalgouverneur hat auch die Verantwortung für die Landesverteidigung, für den Haushalt und für die Außenpolitik des indischen Bundesstaates. Die englische Regierung hofft, daß durch die Beschlüsse der Konferenz der Boden geschaffen worden ist, auf dem sich die gesamte Bevölkerung Indiens trotz aller politischen und religiösen Gegensätze zu gemeinsamer Arbeit zusammenfinden wird. Selbst wenn diese Erwartung sich nicht so schnell erfüllen wird, so steht doch fest, daß die Arbeiterregierung ein Werk geschaffen hat, an dem die früheren konservativen und liberalen Regierungen stets gescheitert waren.



System Siegerwald

Stegerwald: „Meine Herren Professoren, ich werde die Vorlesung zusehen, dank Sie in Ruhe ein Problem finden, um die Arbeitslosigkeit zu beseitigen!“

damit die Wiederholung derartiger Vorfälle unterbunden wird, erscheint allerdings zweifelhaft. Denn das jetzige Regime in Polen beruht auf der Unterdrückung aller Meinungen, die den Gewalttätigkeiten nicht angenehm sind. Davon wird nicht nur die deutsche Minderheit betroffen; auch die Minderheiten anderer Nationen haben darunter zu leiden, zu allererst aber die in der Opposition zum Diktator Pilsudski stehenden Parteien, vor allem die Sozialisten. Jaleski berief sich in seiner Antwort auch darauf, daß der deutsche Reichspräsident Hindenburg Ehrenmitglied des nationalsozialistischen Stahlhelm sei, und er verglich damit die Begünstigung des deutschfeindlichen Aufständigenbundes durch die polnischen Behörden. Diesen unangenehmen Vergleich suchte Curtius mit dem Hinweis zu entkräften, daß die Frage des Stahlhelm eine innerpolitische Angelegenheit sei, und daß damit die Frage der Behandlung der nationalen Minderheiten in Deutschland nichts zu tun habe.

Prinzen und „nationale“ Männer aus dem Bezirk der Rathenau-Mörder dem Betrüger ins Garn gegangen. Sie alle glaubten daran, daß ihnen ungeheure Reichtümer zustießen würden, die sie zu einem Teil für die „vaterländische“ Bewegung verwenden wollten, anders ausgedrückt: zum Kampfe gegen die Republik. Diesem Ziele diente auch die Finanzierung des „Völkischen Couriers“, eines nationalstiftischen Konkurrenzorgans zu Hitlers „Völkischen Beobachter“. Prinz von Baden-burg-Schönburg hat 72 500 Mk. gegeben, zwei Brüder Schöller aus Wien gaben 150 000 Mark, ein Kommerzienrat Wulf war mit 63 000 Mk. beteiligt. Einer „Studiengesellschaft“, die sich mit der Goldmacherei Tausends beschäftigen sollte, wurden rund 800 000 Mk. zugeführt. Das ganze zeigt, wieviel Geld von den bestehenden Klassen angewendet wird, wenn es sich darum handelt, selbsttätige reaktionäre Zwecke zu fördern.

Einen anderen Standal, bei dem wiederum hervorragende Angehörige der Rechtsparteien beteiligt sind, gibt es in Berlin. Im Mittelpunkt dieser Affäre steht das Berliner Pfandbriefamt, dessen zwei Direktoren die deutschnationalen Führer Bege und Le Biseur sind. Sie hatten eine Stadtschaftsbank und eine Grundstücks-gesellschaft „Roland“ gegründet, um dort für sich selbst und ihre Freunde gute Einnahmequellen zu schaffen. Das Personal der Stadtschaftsbank bestand im ganzen aus 22 Personen; der Aufsichtsrat dagegen war zehn Mann stark, unter ihnen befanden sich die beiden deutschnationalen Direktoren und ihre Gefinnungsgenossen. Sie hatten sich auch in den Aufsichtsrat der Grundstücks-gesellschaft und der Berliner Bank für Handel und Grundbesitz wählen lassen. überall bezogen sie neben ihrem Direktorengelalt noch feste Lantienmen. Der Magistrat der Stadt Berlin ist jetzt dagegen eingeschritten. Die Untersuchung des Falles wird ergeben, ob die Stadt Berlin bei dieser Vermengung von Amt und Privatgeschäft größeren Schaden erlitten hat. Die Rechtspresse schweigt natürlich darüber, trotzdem sie sonst nicht genug über Korruption zu zernern vermag.

Nach zehnmögiger Tagungsdauer ist in London die große anglo-indische Konferenz abgeschlossen worden. Der

### Zollschranken und Arbeitslosigkeit

Zur Europakonferenz hat der Direktor des Internationalen Arbeitsamts, Albert Thomas, eine Denkschrift verfaßt, in der eine Reihe sozialer Fragen behandelt wird. Thomas erhofft eine Verftändigung in der Kohlenfrage zwischen den Hauptproduktionsländern. Damit soll eine Regelung der Arbeitszeitfrage im Kohlenbergbau aller Länder einhergehen. Weitere soziale Fragen europäischer Eigenart sind: die Arbeitsbedingungen in der Flußschiffahrt und den Flößereien, Verhütung von Unfällen beim Stuppeln von Eisenbahnwagen, das Wandererwesen, Arbeitslosigkeit usw. Die Arbeitslosigkeit hat nach Thomas trotz ihrer Internationalität besondere europäische Eigenschaften. Eine der wirtschaftspolitischen Ursachen derselben ist die häufige Aenderung der Zolltarife. Wenn eine engere europäische Zusammenarbeit im Anfang nur eine gewisse Stabilisierung des Zollstandes herbeiführen könnte, würde sie einen wichtigen Unsicherheitsfaktor beseitigen und die Arbeitslosigkeit mildern. Die Stabilisierung der inneren Märkte ist ein weiterer Schritt einer europäischen Zollunion. Dadurch ist es den Industrieländern möglich, ihre Erzeugung gegenseitig anzugleichen und die Konkurrenz auszuschaften. — Es wäre wünschenswert, die Anregungen von Thomas bald verwirklicht zu sehen.

### Eine Feststellung!

Die „Textilarbeiter-Zeitung“, das Organ des christlichen Textilarbeiter-Verbandes, mit dem Sitz in Düsseldorf, polemisiert in ihrer Nr. 3 gegen unsere Feststellungen, die wir in der ersten Nummer des neuen Jahrganges unserer Zeitung machten. Wir haben darin ausgeführt, daß unsere Bewegung trotz der Krise marschiert und daß die Behauptung der christlichen „Textilarbeiter-Zeitung“, die Arbeiter wenden sich immer mehr von den freien Gewerkschaften ab, nur leeres Gerede sei. Wir hatten das aus der Verwendung einiger kerniger Worte festgestellt. Vor allem aber wiesen wir auch auf das sonderbare Verhalten dieser Zeitung hin, welche sich, da die Krise auch selbstverständlich freigewerkschaftliche Organisationen nicht ganz ungeschoren läßt, darüber gefreut habe; denn wenn wirklich einmal hier und da Mitglieder von den freien Gewerkschaften abspringen, so sind es nicht die christlichen Gewerkschaften, die davon profitieren. Also bedeutet ein solcher Vorgang nur eine Schwächung der Arbeiterbewegung, über die man sich nicht freuen sollte.

Im übrigen heißen die christlichen Gewerkschaften, wie schon wiederholt festgestellt worden ist, eine andere Logik, als man sie gemeinhin kennt. Es hat deshalb auch keinen Zweck, sich mit diesen Leuten in längere Erörterungen einzulassen. Je mehr Aufmerksamkeit man ihnen zuwendet, desto wichtiger kommen sie sich vor; und diese persönliche Eitelkeit zu fördern, haben wir keinen Anlaß.



La Laine hat eine ähnliche Feststellung gemacht:

Die Forderungen der Moden stehen auch einer Herabsetzung der Zahl der Muster entgegen, obwohl dies oft wegen der Kostspieligkeit befürtwortet wird, die die Herstellung mehrerer Muster mit sich bringt.

Schluss.

Versucht man, die gegenwärtige Lage der Wollindustrie zusammenzufassen, so wird die Notwendigkeit, vergleichbare Statistiken zu beschaffen, besonders deutlich.

Im allgemeinen hat man das Gefühl, daß sich die Industrie in einem Zustand der Ueberproduktion befindet und die Nachfrage dem Angebot nicht entspricht.

Aus der Textilindustrie

Der Streik in Danville

Der Streik der Textilarbeiter in Danville (Virginia), der eine Abwehraktion der Arbeiter gegen einen Angriff auf ihre Koalitionsfreiheit seitens der Riverside u. Dan River Cotton Mills Company darstellt, dauert an.

Die zunächst freundliche Haltung der Behörden gegenüber den Streikern hat eine Wandlung erfahren, und es sind im Laufe des nunmehr im vierten Monat bestehenden Streiks nahezu alle Mittel angewandt worden, um der Gewerkschaft die Führung der Aktion zu erschweren.

Die Heranziehung von 300 Mann Truppen Ende November, Verhaftungen und Einkerkern von Führern, Verwendung von Tränengasbomben zur Zerstreuung von Versammlungen der Streiker, Ermittlungen aus den Werkwohnungen haben ein Tagesgespräch, um die Energie der Arbeiter zu brechen.

Ein Appell des Secretary of Labor,

Davis (unserem Arbeitsminister entsprechend), zur Beilegung des Streikes vor Weihnachten hat bei der Werksleitung kein Gehör gefunden, wohl aber haben Auftritte in einer Danviller Zeitung, einer von einer Gruppe von Aktionären der Dan River Mills, ein anderer von einer Gruppe, die angeblich keinerlei unmittelbare Interessen in der Angelegenheit hat, mit billigen Argumenten gegen den Streik, besonders gegen die Führer, Stimmung gemacht.

William Green, Präsident des Amerikanischen Gewerkschaftsbundes, der in der zweiten Novemberhälfte einen Aufruf zugunsten von Hilfsmaßnahmen für die Streikenden erlassen hatte, hat nunmehr in einer von mehr als 7000 Textilarbeitern besuchten Versammlung in Danville einen Vorschlag zur Beendigung des Streikes gemacht. Sein Plan geht dahin, daß alle Arbeiter, die vor dem Streik in der Dan River Mills beschäftigt waren, unverzüglich die Arbeit wieder aufnehmen, daß die Firma dagegen keinerlei Maßnahmen vornehmen und auch das Recht ihrer Arbeiter, der Gewerkschaft beizutreten, nicht antasten dürfe.

Die Arbeiter sind bereit, auf dieser Grundlage in den Betrieb zurückzugehen, dagegen scheint die Werksleitung nicht geneigt, auf den Vorschlag einzugehen, sondern scheint vielmehr auf einen baldigen Zusammenbruch des Streikes zu hoffen.

Der nicht mehr sehr zweifelhafte Ausgang des Streikes, so bedauerlich er ist, sollte eine erneute Lehre für die Führer des Amerikanischen Gewerkschaftsbundes sein, daß große Streiks nicht mit Aufrufen zur Unterstützung der Streikenden gewonnen werden können, sondern daß eine zielbewußte Kampfpolitik, ein planvolles Ansammeln von Unterstützungsfonds vor dem Ausrufen eines solchen Arbeitskampfes erforderlich sind.

Gerhard Krebs.

Das Ende der Selbstkonfektion!

Die Einzelhandelskonzerne geben ihre Fabrikationsabteilungen auf!

Das Tagesgespräch der Konfektion und ihrer Abnehmerschaft war letzthin die Liquidation der alten und bestrenommierten Berliner Firma William Herz u. M. J. Meyer. Uneingeweihte wollten in diesem Falle, der fast gleichzeitig mit der Insolvenz des großen Konfektionshauses Brotzen u. Co. erfolgte, den Beginn einer neuen Hochflut von Konkursen sehen und beunruhigten mit ihrer Meinung das gesamte Gewerbe.

Die Anteile der William Herz u. M. J. Meyer G. m. b. H. gehören nämlich dem Karstadtkonzern. Dieses Unternehmen verfügt auch über eine eigene Konfektionsabteilung, die in Gemeinschaft mit dem Betriebe der William Herz u. M. J. Meyer G. m. b. H. weit über den Selbstbedarf der Karstadtfilialen hinaus produzierte und einen Umsatz von etwa 7 Millionen Mark erzielte.

Firma Heymann und Felsenburg, Pelzfabrik des Karstadtkonzerns, in Liquidation. Nunmehr endlich hört man, als letzten und vielleicht bedeutsamsten Fall, von der Aufgabe der Karstadtischen Selbstkonfektionsabteilung und der Liquidation des Hauses William Herz u. M. J. Meyer.

Es handelt sich hier also um eine deutlich verfolgbare Entwicklung innerhalb der deutschen Textilwirtschaft, um den Rückzug der Einzelhandelskonzerne aus der Konfektion. Von seiten der selbständigen Fabrikationsfirmen wird diese Wandlung der Dinge nur aufs wärmste begrüßt, denn die Umsätze von Tietz und Karstadt dürften von jetzt ab wohl ihnen zugute kommen.

Riesenunternehmungen in der Baumwollindustrie

Kapitalistische Machtpositionen.

Wir hatten in der Nr. 52 des „Textil-Arbeiter“ auf die ungeheure Entwicklung der Textilindustrie im letzten Jahrhundert hingewiesen (vergleiche „Textilindustrie damals und heute“, Seite 413). Wir brachten in diesem Zusammenhang auch eine Aufstellung über Großbetriebe in der Baumwollspinnerei. Dabei hatten wir noch nicht einmal die allergrößten Unternehmungen erwähnt. Wir vervollständigen dieses Bild, indem wir im folgenden noch einige Zahlen bringen, die gewiß interessieren dürften.

- 1. Gerrit van Delden u. Co., Gronau 478 305
2. Baumwollspinnerei am Stadtbach in Augsburg 310 000
3. Leipziger Baumwollspinnerei, Leipzig-Lindenau 236 000
4. Otto Diltthey & Co., Rheydt 215 000
5. August Diltthey & Söhne, Mülfort 41 000
6. August Diltthey & Söhne, Mülfort 207 048
7. Neue Baumwollspinnerei und -weberei Hof i. Bayern 190 704
8. Mechanische Baumwollspinnerei und -weberei Augsburg 180 000
9. Neue Baumwollspinnerei, Bayreuth 158 428
10. Baumwollspinnerei Germania, Epe 154 000

Die Besitzer dieser Riesenunternehmungen bilden eine ungeheure Macht, die immer wieder versucht, der Arbeiterschaft ihren Willen aufzuzwingen.

Futterstoffe gut gefragt!

Nachdem der Geschäftsgang in Futterstoffen noch im November des vergangenen Jahres so still gewesen ist, wie man es sonst nur vom August her kannte, trat bereits im Dezember eine erhebliche Belebung ein, die auch bis jetzt noch nicht abgeflaut ist. Diese Tatsache ist darauf zurückzuführen, daß zahlreiche Firmen des Einzelhandels im Dezember größere Nachbestellungen auf Winterware bei der Mäntel-Engroskonfektion tätigten.

Das hat, wie bereits gesagt, seine Rückwirkung auf den Futterstoffgroßhandel nicht verfehlt. Die Zahl der verkauften Piesen ist um 25 Proz. gegen das Vorjahr gestiegen, ohne daß sich dieses Plus wertmäßig in entsprechender Weise auswirken könnte, da die Preise stark abgebaut sind.

Bevorzugt werden auch für das Frühjahr Serge, Duchesse und Marrocains, wobei die billigsten Preislagen am meisten gefragt werden. Die Frühjahrsfarben in Futterstoffen sind Marine- und Modetöne, wobei zu bemerken ist, daß im Gegensatz zu den Uniformen des Winters diesmal auch viel Glacéstoffe verlangt werden.

Internationale Textilindustrie

Der Arbeitsbeschaffungsplan der englischen Arbeitsregierung

In England bildet die Arbeitslosigkeit seit einem Jahrzehnt eine drückende Sorge. Alle

möglichen Versuche sind bereits in Erwägung gezogen, um dem Würgeengel Arbeitslosigkeit die Schrecken zu nehmen. Der Arbeitsbeschaffungsplan der Regierung sieht vor: Bau und Verbesserung von Docks, Häfen, Elektrizitätswerken, Gaswerken, Verbesserung des Eisenbahnwesens, Flußregulierungen, Kanalisierung, Landdrainage usw. Die Regierung ist an diesen Arbeiten bis zu 50 Proz. der Kosten beteiligt. Die Gesamtkosten für die vorgesehenen Projekte werden auf 75 Millionen Pfund veranschlagt. Der Regierungsanteil beträgt ungefähr die Hälfte. Der ganze Plan soll 500 000 Personen ein Jahr lang Beschäftigung geben. Daneben werden noch Straßenbauten und andere Arbeiten in eigener Regie ausgeführt. Für die gesamten öffentlich unterstützten Arbeiten hat die Arbeiterregierung 136 Millionen Pfund, das sind ungefähr 2,75 Milliarden Mark, ausgeworfen. Es läßt sich nicht leugnen, daß die englische Regierung alles versucht, um den Umfang der Arbeitslosigkeit einzuklemmen. Trotzdem bleibt die hohe Zahl der Arbeitslosen nach wie vor ein ernsthaftes Problem. Die Zahl der jugendlichen Erwerbslosen ist in England besonders groß. Deshalb hat man Fortbildungsschulen und Ausbildungskurse speziell für die Arbeitslosen errichtet. Jährlich nehmen daran etwa 65 000 jugendliche Erwerbslose teil.

Inhaltsverzeichnis

Den Ortsverwaltungen zur Mitteilung, daß mit der Nummer 6 das Inhaltsverzeichnis für das Jahr 1930 mit zum Versand kommt

Die Redaktion

Bekanntmachungen des Vorstandes

Samstag, 1. Februar, ist der Beitrag für die 1. Woche fertig

Achtung! Einreichung der Statistik-Karten dem Monat Januar 1931 betreffend!

Sitzung für die Mitglieder, Arbeitslosen- und Kurzarbeiterzählung im Sonnabend, der 31. Januar 1931. In diesem Tage ist von jeder Ortsverwaltung eine Karte gewissenhaft ausgefüllt und richtig kontrolliert an uns einzufolien.

Ja, berichten Sie auch dann, wenn gegenüber dem Vormonat im Mitglieder-, Arbeitslosen- und Kurzarbeiterzählung keine wesentlichen Veränderungen eingetreten sind. Rechtzeitige Einreichung der Karten ist notwendig, um Zeit und Porto für Nachfragen zu sparen.

Gleichzeitig weisen wir darauf hin, daß der Januarbericht für die Markenstatistik von allen Ortsverwaltungen bis zum 7. Februar 1931 einzufolien ist. Der Vorstand.

Verlorenes Mitgliedsbuch

Das Mitgliedsbuch, lautend auf den Namen Kurt Reichel, Leppigwäber, Buchnummer B 125 544, geboren 8. September 1888 in Delsdorf i. B., eingetretten in die Organisation am 7. Juli 1928 in Falkenstein i. B., ist verlorengegangen. Das Mitgliedsbuch wird hiermit für ungültig erklärt; taucht es irgendwo auf, dann bitten wir, das Buch anzuhalten und an die Ortsverwaltung Falkenstein, Kollegen Ernst Richter, Bahnhofstr. 29, zu überweisen. Der Vorstand.

Adressenänderungen

- Gau Hannover. Hameln: Telefon ist zu streichen.
Gau Augsburg. Füssen: Büro Rupprechtstraße 18.
Gau Oest. Berga a. d. Elster: Alle Briefe an den Vorf. Büro: Kirchplatz 58.
Gau Schleien. Zillertal i. Riesengeb.: Tel.: Schmieberg i. Riesengeb. 258.
Gau Berlin. Rahelbuhr: Alle Briefe an den Vorf.
Gau Berlin. Bittenberge: Briefe an den Vorf.

Verantwortlicher Redakteur: Hugo Dreßel in Berlin. — Verlag: Karl Schöper in Berlin, Wilhelmstr. 89. — Druck: Borntrups Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer in Berlin.

Danksagung

Für die so überaus herzliche Anteilnahme beim Hinscheiden meines lieben Mannes, unseres guten Vaters, Schwieger- und Großvaters, Schwiegersohnes

Franz Kotzke

wagen wir allen Beteiligten, den Kollegen und Kolleginnen vom Hauptvorstand, den Gauleitungen und Ortsgruppen, im besonderen Maße den Kollegen Karl Voigt und Karl Schröder für ihre warm empfundenen Worte an der Bahre des Entschlafenen unseren herzlichsten Dank.

Im Namen der Angehörigen. Martha Kotzke geb. Tiesler

Berlin-Baumsehulenweg, den 23. Januar 1931 Kefholzstraße 247







